

Deutscher **Freidenker**-Verband

Rundbrief des Landesverbandes Nord e.V. 3/14



Öffentliche Wissenschaftliche Konferenz 1914 / 2014 – Der „Westen“ und Russland

Internationale Lage und geopolitische Spannungen
vor Beginn des 1. Weltkrieges bis heute

Veranstalter: Deutscher Freidenker-Verband e. V. und Landesverband Berlin

Sonnabend, 6. September 2014, 10.30 Uhr (Einlass: 10.00 Uhr)

Rathaus Pankow – Ratssaal

Breite Straße 24 A-26, 13187 Berlin

Teilnahmegebühr: 9 / 7 € (einschl. Imbiss)

Ideologische Entlarvung und politische Richtigstellung der Begriffe ist Aufklärung,

denn:

„Wer die Wahrheit nicht kennt und sie eine Lüge nennt, ist ein Dummkopf, wer sie aber kennt und sie leugnet ist ein Verbrecher.“

Bert Brecht

Die Konferenz wird mit namhaften Referenten aufwarten können. Es werden referieren und diskutieren: Wilfried Handwerk (Berlin), Prof. Dr. Anton Latzo (Potsdam), Karl-Heinz Wendt (Berlin), Dr. Hans-Günther Szalkiewicz (Berlin), Dr. Sabine Schiffer (Berlin) und Klaus Hartmann (Offenbach am Main).

Alle Mitglieder und Freunde des DFV sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

AUS DEM INHALT

Der „Westen“ und Russland – eine öffentliche wissenschaftliche Konferenz des DFV(S.1)

**VERBANDSARBEIT, RELIGIONS- UND KIRCHENKRITIK
Aus dem Landesverband Nord**

Katholische Militärseelsorge wirbt für Kampfdrohnen

AG Jugendweihe. Erfolgreiche Jugendfeier in Hamburg

Was ist die Jugendweihe?

Fachwerkhäuser und noch mehr – zu Exkursion nach Quedlinburg

Die neue Landesverfassung muss ohne Gottesbezug sein

AUS DEN REGIONEN

Schleswig-Holstein:

Mahnveranstaltung zum 81. Jahrestag der Bücherverbrennung

Antimilitaristische Hafenrundfahrt in Kiel

Bremen:

Rundgang in Bremen-Gröpelingen zu den „Stolpersteinen“

Niedersachsen:

Viel beachtete Internationale Kundgebung in Esterwegen

J'accuse – Offener Brief an Richterinnen und Richter in Lüneburg

Nachruf: Albert Stübiger von Kurt Wolfgang Ringel

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ – Bericht von der Antifaschistischen Begegnungsstätte

Standort Gorleben behält seinen Vorsprung – PM von der Antiatom-Organisation ausgestrahlt

Hamburg:

4. Antifaschistischen Hafentage – wieder ein großer Erfolg
Gedenken an Ernst Thälmann in Hamburg, Berlin u. a. Orten

Schulbehörde testet neues Modell „Religion“

Neuer Landesleiter von ver.di gewählt – Presseinformation

Hamburger Mülleimer mit „menschlicher“ Einrichtung

Kohlentwiete wird nach Nazi-Mordopfer in Tasköprüs-Straße umbenannt

Mecklenburg-Vorpommern:

Streit um die Cap-Arcona – Gedenkstätte in Grevesmühlen

Verstärkt gegen Rechtsextremismus? Bundesministerin und SPD-Vize

Manuela Schwesig stellte Programm gegen Rechtsextremismus vor.

DEMOKRATISCHE RECHTE:

Werden die Opfer der Berufsverbote endlich rehabilitiert? – PM

KRIEG UND FRIEDEN:

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag

1. September 2014

KULTUR IM NORDEN:

Lesung: Der Baron, die Juden und die Nazis mit der Autorin Jutta Dittfurth in Kiel – ein Bericht von Gerd Adolph

Literatur: Aktuelle Buchempfehlungen

Aber ich glaube an den Triumph der Wahrheit von E.

Czichon/ H. Marohn/ W. Heinen-

Thälmann ein Report von Eberhardt Czichon/ Heinz Marohn

Tipps und Termine

Verbandsarbeit, Religion und Kirchenkritik

Aus dem LV Nord

Katholische Militärseelsorge wirbt für Kampfdrohnen

Die katholische Militärseelsorge der Bundeswehr wirbt für die Beschaffung und den Einsatz von Kampfdrohnen. Die Institution unterhält ein „Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften“ (ZEBIS), das vor kurzem ein „E-Journal“ zum Thema im Internet freigeschaltet hat. Dort finden sich fast ausschließlich Beiträge von Wissenschaftlern und Offizieren, die die Kriegsführung mittels bewaffneter Unmanned Aerial Systems (UAS) unterstützen. Besonders hervorgehoben werden dabei zwei „Vorteile“ des Einsatzes von UAS: Zum einen seien diese aufgrund der ihnen attestierten „Präzision“ geeignet, als „Kollateralschäden“ bezeichnete zivile Todesopfer zu vermeiden. Zum anderen könnten Drohnen die Gefährdung der eigenen Soldaten minimieren, da sie aus großer Distanz gesteuert werden. Ein Luftwaffengeneral der Bundeswehr bezeichnet die Gegner von UAS sogar als „unmoralisch“ und „zynisch“ und wirft ihnen vor, die kämpfende Truppe bewusst unnötigen Risiken auszusetzen. Thematisiert wird außerdem der Befund, dass Militärs, die Drohnen lenken, aufgrund der von ihnen zu verantwortenden Gewalttaten psychisch erkranken. Als „Gegenstrategien“ empfehlen die Autoren des katholischen Internetportals unter anderem das systematische „Trainieren“ seelischer „Widerstandsfähigkeit“ – sowie die Behandlung mit Psychopharmaka.

mehr:

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58897>

Erfolgreiche Jugendfeier in Hamburg-Harburg

68 Jugendliche aus den Kursen der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg feierten am 17. Mai in der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg gemeinsam mit rund 700 Gästen ihre Jugendweihe. Gestaltet wurde die Jugendfeier im Wesentlichen von den Jugendlichen selbst. Für die musikalische Umrahmung sorgte die Bigband „Die heißen Hörner“ unter der Leitung von Udo Petersen. Die Feierrede hielt Helmuth Sturmhoevel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft. 2015 finden wieder Jugendweihetermine in Bergedorf, Landungsbrücken, Geesthacht, Lüneburg und voraussichtlich Buchholz/Nordheide statt.

Die Kurse beginnen im Januar. Die Jugendfeier ist am Samstag, 23. Mai 2015, wieder in Harburg. 2015 feiert die Arbeitsgemeinschaft ein besonderes Jubiläum – 125 Jahre Jugendweihe in Hamburg. Informationen zur Jugendweihe sind unter der Telefonnummer 040 – 7 24 55 45, unter www.jugendweihe-hamburg.beep.de erhältlich.

Interessierte aus Lüneburg und Umgebung wenden sich bitte an Cornelius Kaal, Telefon: 0 41 31 – 8 54 45 64.

Was ist die Jugendweihe?

Die Jugendweihe entstand im 19. Jahrhundert als Antwort von Freidenkern und der Arbeiterbewegung auf die kirchliche Konfirmation. 1890 feierten Hamburger Familien zum ersten Mal eine weltliche Jugendfeier.

Vor 1933 wurde die Jugendweihe in Hamburg von vielen unterschiedlichen Organisationen und Parteien angeboten. Erreicht wurden damit fast die Hälfte aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger. In der Zeit der Nazidiktatur war die Jugendweihe verboten. Nach der Befreiung 1945 einigten sich alle, nur noch gemeinsam die Jugendweihe anzubieten.

Wir wenden uns an nicht kirchlich gebundene Jugendliche ab 14 Jahren, die für sich einen Standpunkt suchen im Prozess des Hineinwachsens in die Erwachsenenwelt.

A. S.

Fachwerkhäuser und noch mehr – Exkursion des DFV-Nord nach Quedlinburg

Die diesjährige Exkursion unseres Landesverbands hatte Quedlinburg zum Ziel. In der Zeit vom 11. bis 13. April besuchten wir die von Fachwerkhäusern geprägte Stadt.

Das Wochenende war gut gewählt, denn es fiel in den alljährlich stattfindenden Bücherfrühling. Der Bücherfrühling ist eine Veranstaltungsreihe, an der die Freidenker aktiv beteiligt sind.

Für das Wochenende ist es dem in Quedlinburg wohnenden DFV-Mitglied Thomas Loch gelungen einen sehr kompetenten Referenten zu gewinnen. Vorab: Thomas Loch ist stellvertretender Landesvorsitzender des DFV-Niedersachsen. Es ist ihm gelungen Reinhold Andert für das Wochenende zu gewinnen. Reinhold Andert gehörte dem legendären Oktoberclub der Singebewegung der DDR an, hat weiter mit Sologeschang zur Gitarre gewirkt und hat sich schließlich auch als Schriftsteller einen Namen gemacht. An diesem Wochenende stand die Thematik Geschichte und Religionsgeschichte in Mitteldeutschland im Vordergrund. In zwei Vorträgen stand sein Buch „Heilige Lanzen“ im Mittelpunkt und damit die über tausend Jahre alte Geschichte Mitteldeutschlands. Um seine Ausführungen ganz nachvollziehen zu können, sei das Buch hier als aufbauende Bildungslektüre empfohlen (Dingda-Verlag, ISBN 978-3-928498-27-2).

Eingerahmt in diese Abend- bzw. Nachmittagsvorträge fand unter der Leitung von Thomas Loch eine fachkundige und aufschlussreiche Stadtführung statt. An dem Wochenende nahmen auch zahlreiche Mitglieder und Freundinnen und Freunde des DFV aus Sachsen-Anhalt teil. Neben diesem geballten Bildungsangebot blieb aber auch Zeit für Gespräche und Erfahrungsaustausch. Wir sind Thomas Loch sehr dankbar, dass er uns den Besuch von Quedlinburg empfohlen hat.

Unser Bildungsseminar findet vom 12. bis 14. September im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ in der Nordheide statt.

Wir werden uns an dem Sonabend ausführlich mit dem Thesenentwurf des DFV über Religion, Religiosität und Rolle der Kirchen befassen. Unser Referent wird Dr. Horst Schild

(Dresden) sein. Er ist Referent des DFV und maßgeblicher Autor der Thesen.

Teilnehmer/innen auch aus anderen Landesteilen sind uns herzlich willkommen. Anmeldungen bis zum 1. August (für Späterschlossene noch schnell melden) beim Landesverband Nord. Auch gibt es dort weitere Informationen.

Angelika Scheer

Die neue Landesverfassung muss ohne Gottesbezug sein

Eine Forderung, die durchzusetzen ist!

MP Albig kämpft für die Menschen – oder für den lieben Gott in der neuen Verfassung?

Im Herbst soll die neue Landesverfassung vom Landtag in Kiel verabschiedet werden. Heftig geht der Streit vor allem um den sogenannten Gottesbezug, der in die Verfassung aufgenommen werden soll oder nicht. Obwohl nach offizieller Lesart wir in der BRD eine Trennung von Staat und Kirche haben und der Text des Grundgesetzes von der Weimarer Reichsverfassung im Wortlaut übernommen worden ist. Die Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der Deutschen Verfassung vom 11. 8. 1919 sind Bestandteil des Grundgesetzes der Bundesrepublik vom 23. Mai 1949.

Über Schlagzeilen wie „Albig kämpft für Gottesbezug“ der Lübecker Nachrichten (LN) v. 10. Juli 2014 muss man sich doch sehr wundern, dass der SPD-Ministerpräsident Albig sich so ins Zeug für einen Gottesbezug legt. Früher – also vor 1933 waren der Deutsche Freidenkerverband und ähnliche Verbände Massenorganisationen, in denen auch Hunderttausende Sozialdemokraten Mitglied waren. Ist das alles vergessen? Vor Jahren kam mir ein Spruch von Erich Ollenhauer, einem der Vorsitzenden der SPD nach der Befreiung vom Faschismus, zu Ohren „Wir haben den Frieden mit der Kirche gemacht!“. Albig wörtlich: „Eine neue Verfassung für Schleswig-Holstein ohne Bezug auf Gott und die Menschen? Das kann und will ich mir nicht vorstellen!“ sagte Albig am 9. Juli d. J. im Landtag lt. LN.

Nach den Erfahrungen im Faschismus sei das unbedingt notwendig, so Albig weiter. Das fand der FDP-Fraktionsvor-

sitzende Kubicki wiederum „extrem unangemessen und ungehörig“. Auch aus der SPD gab es Kritik. Das Fehlen eines Gottesbezugs habe nicht dazu geführt, dass die gemeinsamen Werte gelitten hätten, so der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner. Soweit Zitate, entnommen der LN vom 10. 7. In dem Kommentar derselben Zeitung von Andreas Heß wird gefordert, Schleswig-Holstein sollte eine Verfassung ohne Gottesbezug bekommen. Das Wohl und Wehe der Kirche hängt davon nicht ab. Und der Glaube der Menschen erst recht nicht. Abschließend möchte ich noch einige unfaire Behauptungen in den Medien nennen. In der Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein – Ausgabe Juli 2104 DER LANDTAG wird in dem zweiseitigen Artikel „Die Landesverfassung wird moderner und bürgernäher – mit und ohne Gottesbezug“ die Behauptung aufgestellt „Die Mehrheit der Bevölkerung in Schleswig-Holstein eint der Glaube an Gott.“ Torsten Albig behauptet in dem selben Artikel 60 Prozent seien Mitglied der Kirche. In der LN ist nach angeblichen Umfragen von 61 Prozent Kirchenmitglieder die Rede. Doch es werden wesentlich weniger Mitglieder sein, die der Ev.-lutherischen Kirche angehören: In einem älteren Heft, das die Landeszentrale für politische Bildung herausgab, von Rüdiger Wenzel (2006) wird auf Seite 87 eine Statistik gezeigt, nach der 52,2 % der Ev.-lutherischen Kirche angehören. 35,12 Prozent gehören keiner Kirche an. Im Laufe der Jahre haben wir nach den Skandalen der Katholischen Kirche aber auch der Evangelischen Kirche von millionenfachen Austritten gehört. Außerdem wird in dem Kommentar der LN das angeblich uneigennützig Wirken der Kirchen in Kindergärten, Pflegeheimen und Hospizen gewürdigt. Tatsächlich werden fast alle Kosten der genannten Einrichtungen von allen Steuerzahlern erbracht.

Das kann man in den entsprechenden Büchern von Carsten Frerk nachlesen. Carsten Frerk gehört nicht dem DFV an, sondern einer anderen freidenkerischen Organisation. Er hat bereits vor Jahren bei uns im Freidenker-Verband Vorträge zu dem Thema gehalten und seine Fachbücher zu dem Thema vorgestellt. Man kann am Büchertisch des DFV die Werke erwerben oder sie bei uns bestellen.

Ulwe Scheer

Aus den Regionen

Schleswig-Holstein

Mahnveranstaltung zum 81. Jahrestag der Bücherverbrennung 1933

**dort, wo man Bücher verbrennt,
verbrennt man am Ende auch Menschen.**

Heinrich Heine

Die Mahnveranstaltung fand am 10. Mai, dem Jahrestag, im Literaturhaus in Kiel statt. Veranstalter waren der Schriftstellerverband Schleswig-Holstein (ver.di), ver.di Bezirk Kiel-Plön (Fachgruppe Medien), die GEW, die IG Metall und der DGB.

Bücherverbrennung war ein Akt der Vernichtung missliebiger Bücher, seit 213 vor unserer Zeitrechnung wurden immer wieder von Kirchen und Staaten aus ideologischen oder religiösen Motiven, 1933 von der NS-Studentenschaft, unliebsame Werke verfeimter Autoren, u. a. von Sigmund

Freud, Heinrich Mann und Kurt Tucholsky, verbrannt.

Der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes Schleswig-Holstein, Günter Ernst, begrüßte die Teilnehmer und hatte die Moderation. Dr. Rudolf-Peter Carl hielt einen Vortrag und las aus „verbrannten“ Büchern von Oskar Maria Graf und Egon Erwin Kisch. Dr. Wolfgang Beutin brachte ein Essay „Über das Verbrennen von Menschen und Büchern“, darunter auch die letzte Hexenverbrennung um 1700 in Kiel, obwohl der Norden schon längst protestantisiert war.

Die Evangelische Kirche hat viel beibehalten. Er las auch aus Deschners „Kriminalgeschichte des Christentums“. Zum Abschluss las Günter Ernst aus „verbrannten Büchern“ von Sigmund Freud und Arnold Zweig. (Wenn man z. B. sich vor Augen hält, dass ihm ein Straßename in Hamburg-Wandsbek – Roman: Das Beil von Wandsbek – verweigert wurde, nur weil er seinen Wohnsitz freiwillig in der DDR bevorzugte, weiß man nicht mehr, was man sagen soll.

Gerd Adolph

Antimilitaristische Hafenrundfahrt in Kiel

Diese Hafenrundfahrt fand am 14. Juni in Kiel mit dem Hol-
ländischen Segelschiff „Marie Galante“ statt.

Veranstalter waren die „Rosa-Luxemburg-Stiftung Schles-
wig-Holstein, das Kieler Friedensforum, die Deutsche Frie-
densgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstverweigerer und
attac Kiel. Das Schiff war für 30 Personen zugelassen. Die Fahrt
ging von der Blücherbrücke in der Nähe des Landtages los. Das
Schiff drehte von dort, um auf die Ostseite der Kieler Förde zu
kommen. Dadurch konnte man auf der Westseite das Revolu-
tionsdenkmal der Kieler Matrosen „Feuer aus den Kesseln“ im
Ratsdienergarten sehen. Zu allen Punkten wurden Erklärungen
abgegeben. Es sprachen Ulrich Schippels (Rosa-Luxemburg-
Stiftung SH), Gottfried Müller (DFG – VK) und Uwe Stahl
(attac Kiel). Man sah auf dem Gelände der früheren Germa-
niawerft den Ernst-Busch-Platz, der 2011 eingeweiht wurde zu
Ehren des Kieler Arbeitersängers und Schauspielers.

Auf der Ostuferseite begann es mit dem Anprangern der
Werften wegen des U-Boote-Baus.

Als Nächstes war das U-Boot-Ehrenmal zu sehen, es wurde
1930 zu Ehren der gefallenen U-Boot-Fahrer im Ersten Welt-
krieg mit einem Adler errichtet. 1938 wurde es erneut mit
einem noch aggressiveren Adler versehen. Auf dem Pfeiler-
kopf ist jetzt das U-Boot-Kriegszeichen angebracht. An seiner
Stelle befand sich bis 1945 das Hakenkreuz.

Das Laboer Marine-Ehrenmal steht für die gefallenen Mari-
nesoldaten im Ersten Weltkrieg. Pläne für das Ehrenmal gab es
schon 1920. 1938 wurde es im Beisein von Hitler eingeweiht.

Man kann diese beiden Ehrenmale nur als reaktionär
bezeichnen. Mahnmale können es auf keinen Fall sein. Auch
das U-Boot direkt am Strand wird von vielen Urlaubern
gedankenlos besichtigt.

Das Schiff drehte in Schilksee auf die Westseite der Kieler
Förde, fuhr an der Steilküste entlang und weiter am „Arbei-
terstrand“ Falckenstein vorbei. Hierhin machte in den Som-
merferien die Arbeiterwohlfahrt ihre Strandfahrten. Da diese
von mehreren Stadtteilen ausging, stand immer nur ein Tag
in der Woche zur Verfügung. Nach Falckenstein waren noch
einige Werften zu sehen. Das Schiff fuhr an der Einfahrt des
Nord-Ostsee-Kanals vorbei. Im Stadtteil Wik war die alte
Militärkirche zu sehen.

Am Landtag endete die Fahrt.

Gerd Adolph

Bremen

Rundgang in Bremen-Gröpelingen zu den „Stolpersteinen“

Am 21. Juni hat der DFV Nord Mitglieder und Freundinnen
und Freunde zu einem Rundgang zu den verlegten „Stolper-
steinen“ im Stadtteil Bremen-Gröpelingen eingeladen.

Der Rundgang fand unter der Leitung von Raimund Gae-
belein statt. Raimund ist unter anderem Vorsitzender der
VVN/BdA Bremen und Vorsitzender des Vereins Wohn- und
Ferienheim „Heideruh“ e. V. Die Teilnehmer und Teilnehme-
rinnen des Rundgangs erlebten einen aufschlussreichen
Rundgang und erfuhren viel über die tragischen Schicksale
der Opfer der Nazidiktatur. Aus Zeitgründen konnten nicht
alle Stolpersteine in dem Stadtteil aufgesucht werden.

Begonnen hat der Rundgang am Schützenhof in der Brom-
berger Straße. Der Schützenhof und das Gelände darum war

ein Außenlager des KZ-Neuengamme. Im Außenbereich erin-
nert ein Gedenkstein an die leidvolle Geschichte dieses Ortes.

Im Anschluss an den Rundgang war Zeit im Schützenhof
das Gesehene bzw. Gehörte zu vertiefen.

Danach führte der DFV-Nord-Vorstand seine 2. Sitzung
2014 durch.

Angelika Scheer

Niedersachsen

Viel beachtete Internationale Kundgebung in Esterwegen

Am 10. Mai fand in der Begräbnisstätte des KZs Esterwegen
im Emsland eine Internationale Kundgebung statt, die von
der „Niederländisch-Ostfriesischen Initiative 8. Mai“ gestal-
tet wurde.

Fast 200 Menschen aus den Niederlanden und dem
angrenzenden Bundesgebiet gedachten der Befreiung 1945
und des Kriegsbeginns 1914.

Der Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschen-
rechte, Rolf Gössner, hielt eine bewegende Rede, in der er
den Esterwegen-Häftling Carl von Ossietzky mit dem Aufde-
cker der NSA-Machenschaften, E. Snowden, verglich.

Beide hätten durch ihre Recherchen und ihren Mut Kriegs-
hetzern und Friedensgegnern die Stirn gezeigt und gehörten
somit zu den Vorbildern der Friedensbewegung.

Nach einigen bewegten Ansprachen erzählte der nieder-
ländische Zeitzeuge

Kees Klok, wie sein Großvater ihm oft als Kind von seinen
Leiden unter der faschistischen deutschen Besetzung und in
deutschen KZs erzählte und wie er dadurch später selber zum
Antifaschisten wurde.

Ein Schulchor aus Aurich sang anschließend Friedenslieder,
nach dem gemeinsamen Singen eines Kanons und dem
Moorsoldatenlied – beide in niederländischer und deutscher
Sprache – verteilten alle rote Nelken auf den fast ausnahms-
los namenlosen Gräbern.

Die Universität der nahen Stadt Oldenburg, die nach jah-
relangem Ringen Ossietzkys Namen tragen durfte, und die
Gewerkschaft ver.di beteiligten sich mit eindrucksvollen
Gedenkkränzen.

Diese Internationale Kundgebung findet seit Jahrzehnten
statt, wird regional und international viel beachtet und wur-
de auch von einigen Freidenkern vorbereitet und mitgestaltet.

Berend Buscher

J'ACCUSE ! – ICH KLAGE AN

**Auszug aus einem veröffentlichten Brief von Heinz W.
Bartels an die Richterinnen und Richter des Verwal-
tungsgerichts Lüneburg und dem Präsidenten des VG
Lüneburg Wolfgang Siebert**

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Ihrer Erinnerung: 1898
titelte Emile Zola so einen offenen Brief an den französischen
Präsidenten Felix Faure. 1894 wird der jüdische, aus dem
Elsass stammende Leutnant im Generalstab Alfred Dreyfus
wegen angeblicher Spionage zu lebenslanger Verbannung
verurteilt und degradiert. Auch als seine Unschuld erwiesen
war, wurde eine Revision des Urteils aus rassistischen Grün-
den und durch den Korpsgeist der Cliques in Verwaltung
und Militär lange verhindert. Richter und Justiz beugten sich
dem Druck der Politik und interessierter Kreise.

Ich habe das begründete Gefühl, dass auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren Richter/innen, sich solchen Begehren fügen und Ihre Urteile fällen. Sie urteilen im Sinne der französischen Administration Ende des 19. Jahrhunderts. Sollte dies nicht so sein, handeln Sie im Rahmen der richterlichen Entscheidungsbreite.

Ich spreche hier über Urteile von „Rücküberstellung“ von Asylsuchenden in von Ihnen so bezeichnete sichere „Erstländer“.

Im Sinne von Zola klage ich Sie an!

Mich befällt große Scham, dass es in diesen Tagen notwendig ist an den Begriff der „historischen Verantwortung“ erinnern zu müssen, die wohl jenseits von Gedenkveranstaltungen, die für mich vielfach Makulatur sind, nicht im Bewusstsein ist. Mit Empörung und Entsetzen konnte ich eine Reihe Ihrer Urteile lesen, gefällt in einem der reichsten Länder der Welt, das sich international als Vorbild für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit hält:

Ungarn, ein Staat, in dem Schutzsuchende gepeinigt und eingekerkert werden, ein Land, in dem niemand sich um diese Menschen kümmert, wird von Ihnen als sicheres Land bezeichnet.

Rumänien soll ein sicheres Land sein, ebenso Italien wie Bulgarien. Über die Verhältnisse in allen diesen Ländern liegen Berichte über unmenschliche Bedingungen für Schutzsuchende anerkannter NGOs und Menschenrechtsorganisationen vor. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Berichte kennen.

Sie urteilen auch mit der Begründung, dass die Vertretungen der BRD in diesen Ländern die menschenwürdige Behandlung der Menschen, die schon viele Jahre auf der Flucht sind, versichern. Ich habe den Herren Außenminister gefragt, ob er die Verhältnisse kennt und die Beurteilung seiner Mitarbeiter bestätigen kann. Geantwortet hat er nicht.

Es geht aber auch anders: Richter/innen an anderen Gerichten urteilen zugunsten der Asylsuchenden und lehnen eine Rückführung z. B. nach Ungarn ab:

Es folgen nun 16 positiv gefällte Urteile zugunsten der Flüchtlinge. (Hier überspringen wir einige Absätze und zitieren nur noch den letzten Absatz d. Red.)

Als Mensch fordere ich Sie auf: Ändern Sie Ihre „Rechtsprechung“! Urteilen Sie menschlich; es ist möglich viele Ihrer Kolleg/innen haben dies erkannt. Übernehmen Sie in diesem Land Verantwortung und werden zum Anwalt derer, die sich schutz- und hilfeschend an dieses Land wenden. Es ist eine große Herausforderung; stellen Sie sich ihr und lassen Sie sich nicht zum Büttel einer menschenverachtenden Politik und Verwaltung machen!

Hein W. Bartels

**H. W. Bartels wohnt und arbeitet im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“. Der vollständige Text kann angefordert werden unter hwhamo1@gmail.com oder www.mundolibre.de*

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“

Bericht von der Begegnungsstätte in der Nordheide

Der DFV Nord tagt regelmäßig in „Heideruh“ mit seinen Wochenendseminaren oder beteiligt sich mit Infoständen an den alljährlichen Sommerfesten. Das ist Anlass für diesen Bericht:

Die Geschäftsführerin Bea Trampenau informierte die Mitglieder des Vereins per Mail unter anderem über die Mitgliederversammlung, die jedes Jahr im Frühjahr stattfindet.

Wir berichten inhaltlich einige Passagen aus der Mail:

„Entspannter schauen wir in die Zukunft. Die finanzielle Bedrohung konnte abgewendet werden, auch haben wir einen neuen Vorstand gewählt.“

Der Vorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Matthias Werner (Berlin), Bea Trampenau (Buchholz), Birgitt Kind (Lanke bei Berlin), Matthias Peters (2. Vorsitzender, Reinbek bei Hamburg), Marion Bonk (Schriftführung, Bremen), Raimund Gaebelein (neuer Vorsitzender, Bremen), Michael Meineke (Schatzmeister) und weitere junge Mitglieder konnten gewonnen werden.

Bea Trampenau berichtet weiter: „Die wohl intensivste Veränderung sind die neun Sudanesen, die hier wohnen, arbeiten, und das sie unterstützende Asylprojekt. Sie fühlen sich hier wohl und wir bekommen täglich mit wie unmenschlich die Asylpraxis in unserem Land ist. Zur Zeit läuft eine Petition gegen die Abschiebung von Ashraf, drei von ihnen sollen in den nächsten Wochen zurück nach Bulgarien, Ungarn und Italien verbracht werden. Wir tun viel, damit das nicht oder mindestens mit Respekt geschieht.“

Weiterhin gilt: Mehrtägige Aufenthalte in Heideruh sind die beste Unterstützung. Wir würden uns sehr freuen, dich, deine Familie oder Freund/innen, deine Gruppe in diesem Jahr hier in Heideruh persönlich begrüßen zu können. So haben wir die Möglichkeit mit neuen Ideen und Aktivitäten Heideruh nicht nur zu erhalten, sondern als Erholungs- und Begegnungsstätte für alle antifaschistischen und fortschrittlichen Gruppen und Einzelpersonen für die gesamte Bundesrepublik weiter auszubauen und damit Wege in die Zukunft zu ebnen.“

Ergänzend sei erwähnt, dass Heideruh in diesem Jahr auf ein sehr erfolgreiches Sommerfest zurückblicken kann, an dem auch zahlreiche Freidenker unseres Landesverbands teilnahmen.

Angelika Scheer

Standort Gorleben behält Vorsprung

Bund entscheidet sich gegen Verfüllung des Bergwerks

Zu der Entscheidung der Bundesregierung, das Bergwerk in Gorleben nicht zu verfüllen, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“:

„Für diejenigen, die weiter auf Gorleben setzen, ist heute ein guter Tag. Denn mit der Entscheidung der Bundes ist klar, dass es auch künftig keinen fairen Vergleich von Standorten geben wird.“

Gorleben behält seinen Vorsprung gegenüber alternativen Standorten. Weil die wesentlichen Bestandteile des Bergwerks erhalten bleiben, werden bei zukünftigen Vergleichen mit anderen Salzstöcken immer auch die in Gorleben bereits geschaffenen Fakten eine Rolle spielen und nicht alleine die Frage, welches ein geeigneter Ort für die möglichst sichere Lagerung von Atommüll ist.

Nur die unbedeutenden Teile des Bergwerks sollen zukünftig nicht mehr instandgehalten werden. Verfüllt wird nichts. Schächte und Infrastrukturbereiche bleiben erhalten. Möglich gewesen wäre viel mehr. Das Bundesamt für Strahlenschutz hatte der Bundesregierung 14 Szenarien vorgeschlagen, wovon eines auch die vollständige Verfüllung des Bergwerks vorsah. Dieser auch aus Sicht des Betreibers gangbare

Weg wurde von Bund und Land leider nicht eingeschlagen. Somit bleibt Gorleben der Fleck auf der angeblich weißen Landkarte in Sachen Atommüll-Lagerung.“

29.07.2014: Pressemitteilung von „ausgestrahlt

„ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation, die Atomkraftgegner/innen darin unterstützt, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

NACHRUF

Genosse Albert Friedrich Heinrich Stübzig

Am 7. Juni 2014 starb Genosse Albert Stübzig im Alter von 95 Jahren in seiner Heimatstadt Wolfenbüttel. Geboren wurde Albert am 25. Mai 1918 in Wolfenbüttel. Sein Vater war Maurer, seine Mutter Hausfrau und Plätterin. Nach der Grundschule besuchte er vom 1930 bis 1932 die „Weltliche Schule“ in Wolfenbüttel. Nach dem Abschluss der Schule begann er eine Lehre als Schmied, welche er 1936 erfolgreich abschloss. Es folgten Tätigkeiten in unterschiedlichen Berufen.

Nach seinen Aussagen musste er mit 16 Jahren der Hitlerjugend beitreten. Er wurde dem Sanitätssturm 46 zugeteilt. 1939 wurde Albert Stübzig zum Arbeitsdienst eingezogen und anschließend kam er als „Marinefreiwilliger“ zur Ausbildung nach Stralsund. Seine Zeit als Soldat führte ihn quer durch Europa. Aus seiner Zeit in Frankreich erzählte er die folgende Episode:

„Ich hörte, so oft es ging, nachts den Sender 904 aus London. Eines Morgens sagte mein Chef (Oberstabsarzt Dr. Brock) zu mir, wenn du 904 schon hören musst, dann mach das nicht zu laut, sonst wandern wir beide ins KZ. Du weißt doch, das Wachen hier patrouillieren. Damit war das Thema erledigt.“

1943 wurde Personal für die U-Boote gesucht. Albert wurde zur Ausbildung für „Ein-Mann-U-Boote“ nach Wilhelmshaven versetzt. 1944 sollte er in Italien eingesetzt werden. Sie kamen „Gott sei Dank zu spät“. – 1945, nach Kriegsende waren wir in Kiel-Friedrichs-Ort zum Munitionstransport bei den Engländern verpflichtet. Ihm gefiel das alles überhaupt nicht. Ich bin mit einem guten Kumpel abgehauen. Er kam über die Grenze zu den Russen. Sie bekamen ein Stück Brot und zu trinken. Auch wurden sie neu eingekleidet. Wir wurden weiter geschickt in ein Lazarett nach Dresden und dort wurde ich im 17. August 1945 offiziell als Soldat mit Bescheinigung entlassen. Von Dresden wollte er nach Hause, nach Wolfenbüttel. Im Oktober 1945 war Albert Stübzig wieder zu Hause. Er begann wieder zu arbeiten. Die Tätigkeiten wechselten.

Am 25. Mai 1946 sagte sein Vater zu ihm „jetzt wird es aber Zeit, dass du in die Gewerkschaft kommst.“ Damit wurde Albert für die IG Metall-Ortsgruppe Wolfenbüttel einer der Wiederbegründer. – Und am 14. Januar 1958 wurde Albert Stübzig Mitglied des DFB, Landesverband Niedersachsen.

Er trat 1954 Mitglied in der SPD ein. Parteiämter oder Mandate in politischen Gremien hat er nie angestrebt. „Ich

wurde vom Kollegen Fritz Ehrhoff auf dem Weg zur Arbeit nach Braunschweig in der Straßenbahn aufgenommen.“ Und Albert Stübzig begann, sich in der antifaschistischen Gedenkstättenarbeit zu arrangieren. So war er z. B. auch an der Einrichtung der Gedenkstätte im Wolfenbütteler Gefängnis beteiligt. Dort waren ab 1937 politische Gefangene und Widerstandskämpfer mit dem Fallbeil ermordet worden. Albert war bis ins hohe Alter hinein auch aktiver Leserbriefschreiber.

1976 ist er nicht ganz freiwillig in Rente gegangen, er war ja erst 58 Jahre jung und wollte noch einige Jahre arbeiten. Im Herbst ist Albert dann zur Gewerkschaft gegangen; arbeitete in der DGB-Geschäftsstelle Kreis Wolfenbüttel in der Kanzleistraße.

Albert Stübzig war mehrmals in der DDR. Mitte der 50er Jahre war es ein Studienaufenthalt in Eisleben. Er lernte den Bergmann Otto Schierke kennen. Gegenseitige Besuche wurden verabredet und durchgeführt. Später wurde Otto stellvertretender Vorsitzender der „DDR-Bergbaugewerkschaft“. Beide hatten seitdem regelmäßige Kontakte.

1956 wurde Albert Stübzig mit einem Kollegen aus dem Büssing-Werk Braunschweig als Besucher und Delegierter zum FDGB-Kongress in Leipzig gewählt. Dort hatte er viele interessante Kontakte, u.a. mit Delegierten aus Italien, Frankreich, Spanien und China.

Ungewöhnlich ist auch, wie Albert seine Frau kennenlernte. Gerda Stübzig berichtet: „Im Frühjahr 1945, ich war 22 Jahre jung, bin ich mit meinem Vater und meiner Stiefmutter aus Pommern Richtung Westen geflüchtet. Mein Vater war Milchfahrer und wir benutzten sein Transportfahrzeug. Im Raum Wolfenbüttel wurde ich von meinen Eltern mit dem Satz „Wir können dich nicht weiter mitnehmen“ aufgefordert das Auto zu verlassen“. Schließlich fand Gerda bei Alberts Eltern eine Bleibe. Sie ist Friseurin und arbeitete in ihrem Beruf. – Zu Beginn waren sich Gerda und Albert nicht unbedingt sympathisch, aber irgendwie wurde dann doch Liebe daraus und sie heirateten am 30. November 1945. 1947 wurde ein Sohn geboren. Gerda und Albert Stübzig waren 68 Jahre verheiratet.

Kurt Wolfgang Ringel

Quelle: Nach Gesprächen mit Gerda und Albert Stübzig im Jahre 2008. Protokollführung: Gundolf Algermissen, Abteilungsleiter im DGB-Bezirk Niedersachsen-Braunschweig.

Hamburg

Die Antifaschistischen Hafentage waren wieder ein voller Erfolg – mit Nachspiel

In der letzten Ausgabe dieses Rundbriefs (vom Mai) haben wir die 4. Antifaschistischen Hafentage angekündigt. Es war

wie im Jahr zuvor ein voller Erfolg. Über 100 Menschen nicht nur aus Hamburg, sondern aus mehreren europäischen Ländern wie aus Irland, Großbritannien und Frankreich, erfuhren Vieles über die Geschichte des Widerstands in der Nazi-Zeit. Schwerpunkt waren dieses Jahr die Hamburger Werften.

Zunächst ging es zu Fuß durch den alten Elbtunnel von den St. Pauli Landungsbrücken auf die andere Seite der Elbe. Auf einer Kundgebung hoch oben auf der anderen Elbseite



wurde in mehreren Sprachen u.a. der ermordeten Zwangsarbeiter auf der Werft Blohm und Voss gedacht.. Auf dem Gelände der Firma Blohm & Voss war in der Kriegszeit ein Außenlager des KZ Neuengamme eingerichtet worden. Viele ausländische

Häftlinge mussten unter schweren Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Sie lebten dort unter unmenschlichen Bedingungen. Etliche wurden von den Wachmannschaften umgebracht. Eine Gedenktafel mit den Namen hatte der erste Betriebsrat nach 1945 auf dem Betriebsgelände angebracht. Doch die Tafel wurde 1947 entwendet und später von dem sozialdemokratisch dominierten Betriebsrat mit der faden-scheinigen Begründung nicht wieder angebracht, es gäbe ja jetzt nach dem Krieg eine allgemeine Ehrung der Opfer des 2. Weltkriegs. Auf der Kundgebung an diesem 2. Tag der Hafentage wurde in gleicher Größe und den vollständigen Namen der ermordeten Zwangsarbeiter eine neue Tafel aufgestellt.. Auch zu dem Widerstand im Hafen z. B. bei dem Auslaufen der Waffentransporte an das faschistische Franco-Regime für die Legion Condor wurde auf der anschließenden längeren Hafenrundfahrt in deutsch und englisch ausführlich gedacht. Schwerpunkt war in diesem Jahr der Widerstandskampf auf den Hamburger Werften bis 1945. Über den antifaschistischen Kampf damals und heute. Bereits zuvor am Vormittag des Tages war in um die Gedenkstätte Ernst Thälmann herum über den Widerstand vor allem der Arbeiterklasse und ihrer Parteien berichtet worden, rund um den „Roten Platz“ in Eppendorf vor dem ehemaligen Wohnhaus der Familie Thälmann und der heutigen Gedenkstätte. Heute heißt der Platz „Ernst – Thälmann-Platz“, es gab einen Stadtteilrundgang. Geführt durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der Gedenkstätte Hein Pfohlmann. Auch nächstes Jahr, dem 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus soll es wieder Hafentage geben.

Ein Nachspiel mit polizeilicher Anzeige wegen Nötigung hat ein Mensch aus Hamburg veranlasst, der sich bei dem letzten Punkt des Tages, nämlich der Ehrung von Widerstandskämpfern im Ehrenhain des großen Ohlsdorfer Friedhofs durch den mehrsprachigen Gesang der „Internationalen“ gestört fühlte. Es ist in der schriftlichen Anzeige das Foto eines Autos zu sehen. Er hatte zuvor provokativ versucht die Teilnehmer der Gedenkfeier zu fotografieren. Der Schreiber dieser Zeilen ist betroffen und hat über seinen Rechtsanwalt Widerspruch beim Landeskriminalamt eingelegt. Das Ergebnis steht noch aus.

Der Ehrenhain wurde vor Jahrzehnten als Gedenkort der Widerstandskämpfer eingerichtet und wird wiederholt von mehreren Organisationen wie der VVN/BdA, dem Kuratorium der Gedenkstätte Ernst Thälmann und auch des DFV und

vieler Einzelpersonen ehrend besucht. So wird alljährlich in der Woche des Gedenkens der Bezirksversammlung Hamburg-Nord des 30. Januars 1933 gedacht, dem Tag der Machtübertragung an Hitler und die Nazis durch Hindenburg.

Der Autor dieser Zeilen und die Landesvorsitzende der DFV, Angelika Scheer, haben hier schon gesprochen.

Uwe Scheer

Gedenken an Ernst Thälmann in HH

Am Montag, 18. August 2014, jährte sich die Ermordung des früheren KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann durch die Hitlerfaschisten zum 70. Mal. In der einzigen noch existierenden Gedenkstätte für den standhaften Antifaschisten in seinem früheren Wohnhaus in Hamburg gedachten zahlreiche Menschen des von den Nazis Ermordeten.

Ab 10.00 Uhr war die Gedenkstätte geöffnet, und bis zum Abend fanden ein Gedankenaustausch, Mediengespräche, kulturelle Beiträge und Filme zur Erinnerung an Ernst Thälmann statt. Die Räumlichkeiten waren bis zum frühen Abend teilweise bis auf die letzten Plätze besetzt.

Am Nachmittag kann als Höhepunkt der musikalische Auftritt von René (Gesang und Gitarre) und Helga Buschmann (Gesang) genannt werden. Ihnen gelang es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Zuhören, aber auch zum Mitsingen zu animieren.

Vor dem Haus der Gedenkstätte fand anschließend eine Kundgebung statt, die das Kuratorium der Gedenkstätte gemeinsam mit zahlreichen Bündnispartnern organisiert hatte. Neben dem Vorsitzenden des Kuratoriums, Hein Pfohlmann, ergriffen Rashid Massudi von der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord und Christiane Chodinski von der VVN-BdA das Wort. Pfohlmann verlas zudem Grußworte der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjaganow.

Auch in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar, am Ort von Thälmanns Ermordung, erinnerten am Montag rund 300 Menschen an das damalige Verbrechen.

Die zentrale Gedenkveranstaltung zum Gedenken an Ernst Thälmann findet am Sonnabend, 23. August, in Berlin statt. Beginn ist am Morgen um 9.00 Uhr mit einer Konferenz im Karl-Liebknecht-Haus. Mittags schließt sich eine Demonstration zum Thälmann-Denkmal und dort eine Kundgebung an. Genauere Informationen zu den geplanten Veranstaltungen sind verfügbar unter www.etg-ziegenhals.de/Aktuelles.html



Ernst Thälmann Denkmal in Telman (Lenin-grader Gebiet) Eingeweiht 2012

Bildhauer: Baischembek Turdaliew; Initiator: Dmitri Tarasowitsch Martynschik

Schulbehörde testet neues Modell

„Religion“

Dem Hamburger Abendblatt vom 25. 06. 2014 war unter obiger Unterschrift Folgendes zu entnehmen:

„Grünes Licht für gemeinsamen Unterricht mit muslimischen, alevitischen, jüdischen und protestantischen Lehrern an Stadtteilschulen“

Die Schulbehörde und die genannten Religionsgemeinschaften haben sich geeinigt auf ein Pilotprojekt, dass das Fach Religion in gemeinsamer Verantwortung der genannten Kirchen und Religionsgemeinschaften erteilt wird. Noch ist nicht bekannt an welchen Schulen das Pilotprojekt (Laufzeit fünf Jahre) gestartet wird. Nach dem Anlaufen und dem Abschluss der Entwicklungsphase sollen Lehrer/innen der verschiedenen Glaubensrichtungen gleichberechtigt den Religionsunterricht erteilen. Schwerpunktthemen des Unterrichts sollen „Miteinander gerecht leben“ und „Angst und Geborgenheit“ und darüber hinaus „Prägende Personen“ wie Jesus und Mohamed und das Judentum vermittelt werden. Das soll als prägendes Grundwissen für die persönliche Bedeutung gelten.

Unberücksichtigt bleiben offenbar Schüler und Lehrer/innen die keiner Glaubensgemeinschaft angehören.

Die Forderung des DFV greift hier aktuell wieder nach Trennung von Schule und Religion.

A. S.

Neuer Landesleiter für ver.di Hamburg gewählt

Am 30. Juni wurde auf einer außerordentlichen Landesbezirkskonferenz von ver.di Hamburg Berthold Bose mit 92,21 Prozent zum neuen Landesleiter gewählt.

Er löst damit Wolfgang Abel ab, der im April seinen Rücktritt erklärt hatte.

Im Rahmen seiner Rede bedankte sich Berthold Bose für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und den nun möglichen Neuanfang für ver.di Hamburg.

Aus: Presseinformation ver.di Hamburg

Hamburger Mülleimer mit „menschlicher“ Einrichtung

Seit April sind neue Mülleimer in der Hamburger Innenstadt als Pilotprojekt aufgestellt. Schön, mag man denken, immer mal was Neues. Die Mülleimer sind mit einer eingebauten Müllpresse versehen. Nochmal schön, so ist garantiert, dass die Behälter vom Typ Big Belly durch die Presse mehr fassen können. Nicht mehr schön, wenn man beleuchtet, was der Sinn und Zweck dieser Hightech Mülleimer sehr wahrscheinlich ausmacht: Ganz vorn an steht sicher die Personaleinsparung bei der Müllabfuhr, weil ja nicht mehr so oft eine Leerung stattfinden muss. Nicht nur für Hamburg gilt, dass Menschen mit geringem Einkommen oder ohne finanzielle Mittel in Fleißarbeit nach Pfand-Leergut suchen, das dann abgegeben wird. Nicht nur die Personaleinsparung bei der Stadtreinigung, sondern sehr wahrscheinlich auch das Verdrängen der Flaschensammler aus der Hamburger Innenstadt ist zu vermuten, waren Ziele dieser Neuanschaffung der Mülleimer. Neben vielen Protesten und auch das Sammeln von Unterschriften unter eine Petition als Unterstützung für

die Flaschensammler mag Hamburg bewogen haben sich was auszudenken um Pfandflaschen nicht der Presse zum Opfer fallen zu lassen. Die Mülleimer werden mit Regalen versehen, die die Pfandflaschen beherbergen sollen, bis Flaschensammler diese Regale leeren.

Ob das Müllsystem mit Hightech etwas mit Fürsorge, der Beachtung von Menschen in Armut zu tun hat, kann bezweifelt werden, solange Menschen in einer reichen Stadt angewiesen sind vom Müllsammeln zu existieren.

A. S.

Kohlentwiete wird nach Nazi-Mordopfer in Taşköprü-Straße umbenannt

Eine Straßenumbenennung kann Aufklärung nicht ersetzen

Am 27. Juli 2001 wurde Süleyman Taşköprü in Hamburg vom rechtsterroristischen Netzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ermordet. 13 Jahre später wird nun eine Straße nach ihm benannt. Auch wir gedenken heute Süleyman Taşköprüs und begrüßen ein dauerhaftes Andenken an ihn in Form einer Straßenumbenennung. Allerdings wurde dafür nicht die Schützenstraße, in der er in seinem Geschäft ermordet wurde, ausgewählt, sondern eine Parallelstraße, die Kohlentwiete. Eine weitestgehend unbewohnte Straße durch eine Brachfläche, abseits vom Publikumsverkehr. Als Grund der Nicht-Umbenennung der Schützenstraße wurde eine Gesetzeslage bemüht, nach der historische Straßen in Hamburg nicht mehr umbenannt werden dürften. Was für den Hamburger Unternehmer Werner Otto im August 2013 möglich war, die Umbenennung der Wandsbeker Straße in Werner-Otto-Straße, soll für Süleyman Taşköprü nicht gelten.

Die Stadt Hamburg brüstet sich öffentlich, die erste Stadt zu sein, die eine Straße nach einem NSU-Opfer umbenannt. Dass es einen Platz in Kassel gibt, der nach dem dort vom NSU ermordeten Halit Yozgat benannt ist, wird dabei vergessen.

Als der NSU 2011 bekannt wurde, gab es von offizieller Hamburger Seite das Versprechen einer lückenlosen Aufklärung. Knapp drei Jahre später steht fest, dass sich die verantwortlichen Behörden – Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft – gegen jegliche Aufklärungsbemühungen sperren. Die offizielle Variante: In Hamburg ist im Grunde alles in Ordnung.

Bei näherer Betrachtung gibt es jedoch wesentliche Punkte, die einer Aufarbeitung bedürfen. Wie bundesweit, so sind auch für die Hamburger Polizei einseitige Ermittlungen zu konstatieren, die auf institutionellen Rassismus schließen lassen. Ermittelt wurde in Hamburg, trotz mehrerer Hinweise durch ZeugInnenaussagen auf einen rassistischen Hintergrund, stets nur in Richtung organisierter Kriminalität. Für die Versicherung des Hamburger LKAs, man habe den Ermittlungsansatz „neonazistischer Hintergrund“ akribisch bearbeitet, finden sich in den Akten der damaligen Ermittlungen keinerlei Belege. 2003 stellte die Hamburger Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein und blieb bis 2005 dabei, obwohl die Serie sich fortsetzte. In der dann gegründeten bundesweiten Ermittlungsgruppe BAO Bosphorus intervenierten Hamburger ErmittlerInnen und widersprachen vehement einer Fallanalyse, die einen rassistischen Hintergrund in Betracht zog. So wurde dieser Ansatz nie öffentlich gemacht.

Führende Hamburger Neonazis waren Anfang der 1990er Jahre prägend für den Aufbau neonazistischer und rechtsterroristischer Strukturen auch in Ostdeutschland und verfügten über hervorragende Kontakte nach Thüringen. Aussagen gehen sogar soweit, dass dortige Aktionen aus Hamburg gesteuert wurden. Auch persönliche Begegnungen mit Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe können inzwischen als belegt gelten. Glaubt man dem Hamburger Verfassungsschutz, dass er an dieser Szene sehr nah dran gewesen sei und dies auch noch ist, dann wurden die entscheidenden Informationen entweder verpasst oder bis heute zurückgehalten.

Im Mai wurde öffentlich bekannt, dass dem Hamburger Verfassungsschutz durch einen V-Mann eine CD mit der Aufschrift „NSU/NSDAP“ übergeben wurde. Weitere Informationen verweigert das LfV Hamburg. Quellenschutz geht über Aufklärung.

Aysen Taşköprü, eine Schwester des Mordopfers, fordert in ihrem offenen Brief an Bundespräsident Gauck Antworten, das sei alles was sie noch wolle. Genau diesen Wunsch verweigern ihr die Hamburger Behörden konsequent. In Ausschusssitzungen werden jene, die diese Antworten versuchen zu finden, gar verlacht.

Für uns ist klar: In Hamburg gibt es noch viel aufzuklären. Eine Straße ersetzt diese Aufklärung nicht. Es darf kein Schlussstrich gezogen werden. Richtig ist dagegen die Forderung der NebenklagevertreterInnen der Familie Taşköprü nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Hamburg. Was in Hessen und Nordrhein-Westfalen möglich ist, muss auch in Hamburg auf die Tagesordnung.

*Hamburger Bündnis gegen Rechts
Radiosendung (FSK) „Ein Prozess – Ein Land – Keine Gesellschaft – Viel NSU“, Vorbereitungsgruppe der Veranstaltungsreihe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund“*

Internetprojekt www.nsu-tatort-hamburg.org

Mecklenburg Vorpommern

Streit um Sanierung der Cap-Arcona-Gedenkstätte in Grevesmühlen



Die Erinnerung an die größte Schiffskatastrophe der Menschheit, der Cap-Arcona-Tragödie von 1945, wird alljährlich am 3. Mai durch Veranstaltungen an Denkmälern und auf Ehrenfriedhöfen wie

in Neustadt in Holstein aufrechterhalten. Das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum diesjährigen Antikriegstages am 1. September 2014 heißt nicht umsonst „NIE WIEDER KRIEG – NIE WIEDER FASCHISMUS“. Der dortige Leiter des kleinen Cap-Arcona-Museums in Neustadt, Wilhelm Lange, hat erst kürzlich dazu (wieder) ein Buch veröffentlicht. Der DfV-Landesverband Nord bemüht sich regelmäßig an den Veranstaltungen teilzunehmen

Auch kleinere Orte an der Ostseeküste in Mecklenburg bemühen sich um die Würdigung der Opfer, denn es wurden viele Opfer dort im Laufe des Jahres 1945 ange-

schwemmt. So gibt es beispielsweise eine Cap-Arcona-Gedenkstätte in Grevesmühlen. So berichtete die Lübecker Nachrichten am 17./18. August d. J. über eine beabsichtigte Sanierung der dortigen Gedenkstätte. Eine Arbeitsgruppe



hat schon Pläne erarbeitet wie die marode Gedenkstätte wieder würdig der vielen Toten auch an diesem Ort gedacht werden kann. Anträge zur Förderung sind von der Stadt beantragt worden. Im Hauptausschuss gab es kürzlich eine unwürdige Debatte um das liebe Geld. Dabei verstieg sich eine „Dame“ zu der absurden Meinung „Wenn sich kein Sponsor findet sollten wir das Thema zu den Akten legen“. Die Frau Münter gehört zu den sogenannten „Freien Wählern“ Dem widersprach zu Recht Stefan Baetke (SPD): „Dieses Kapitel der Geschichte kann man nicht einfach zu den Akten legen, dafür ist es zu wichtig!“

Tragen wir dazu bei, dass möglichst viele Menschen in den Orte an der Küste, insbesondere dort wo Gedenkort sind und Veranstaltungen alljährlich stattfinden wie eben in Neustadt i. H. und Grevesmühlen das Gedenken wach halten. So wie viele ausländische Delegationen zum Teil in ehemaliger KZ-Häftlingskleidung diese Orte besucht haben und besuchen – insbesondere aus Belgien und den Niederlanden. Gerade im nächsten Jahr, zum 70. Jahrestag der Befreiung im Mai 1945, ist es um so wichtiger klar zu sagen „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“ Ein informativer Prospekt des Förderkreis Cap-Arcona-Gedenken kann bei Herrn Wilhelm Lange, dem Leiter des Museums, angefordert werden: Stadtverwaltung Neustadt in Holstein, Am Markt, 23730 Neustadt i.H. lautet die Adresse.

U. Scheer

Verstärkt gegen Rechtsextremismus?

Neues Bundesprogramm durch SPD-Vize und Bundesministerin Manuela Schwesig vorgestellt.

Die neue Bundesministerin aus Mecklenburg-Vorpommern fiel mir zunächst dadurch auf, dass sie sich kritisch zu den früheren Berufsverböten äußerte. Diese gingen bekanntlich einst von Willi Brandt (SPD) und seinem „Radikalerlass“ aus. Als ehemals betroffener Bundesbeamter (von 1983 bis 2003) fiel ich mit Amtsübernahme von Bundeskanzler Kohl (CDU) darunter und war sieben Jahre suspendiert.

Doch nun zu Manuela Schwesig, die das Programm vorstellte. Der Beitrag zu dem Thema ist von Jochen Wiemke vom Parteivorstand der im Pressedienst der SPD am 1. Juli 2014 erschienen ist. Dort heißt es: Mit dem neuen Bundesprogramm „Demokratie leben“ stärkt Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) die Zivilgesellschaft und schafft Kontinuität im Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir müssen die Menschen, die sich in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt gegen Rechtsradikale engagieren und wehren, den Rücken stärken“ sagte Schwesig in Berlin.

Weiter heißt es dort: Mit dem Programm „Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt, und Menschenfeindlichkeit“; das 2015 startet, werden Initiativen und

Vereine langfristig und nachhaltiger unterstützt als bisher.“ Die Menschen vor Ort müssen unterstützt werden, wenn sie sich für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen. Sie brauchen verlässliche Strukturen und Planungssicherheit. Vertrauen und Dialog ist die Basis der Zusammenarbeit“ sagte die Bundesministerin und SPD-Vize bei der Vorstellung des Programms.

Klarer Schwerpunkt gegen Rechtsextremismus

Mit dem neuen Bundesprogramm investiert ihr Bundesministerium mehr Geld in die Extremismusprävention als jemals zuvor. Anders als ihre Vorgängerin Christiane Schröder (CDU) legt Schwesig einen klaren Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechtsextremismus. Doch sollten auch Projekte gefördert werden, die sich gegen jegliche Form von vorteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden. Radikale demokratie- rechtsstaatsfeindliche Formen des Islams, des Ultranationalismus und linker Militanz zum Beispiel. Bereits Anfang des Jahres hatte Schwesig die von ihrer Vorgängerin eingeführte umstrittene sogenannte Extremismusklausel abgeschafft.

Soweit die Eingangsausführungen. Weiter folgt in Kurzform das Bundesprogramm auf drei Säulen. Ich meine, eines muss klar sein: Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.

Ilwe Scheer

Demokratische Rechte

Werden die Opfer der Berufsverbote endlich rehabilitiert?

Stellungnahme zum Berufsverboteantrag im Landtag von Niedersachsen

Berufsverbotsbetroffene aus der Region Hannover und Niedersachsen haben eine Pressemitteilung bzw. eine ausführliche Stellungnahme zum Antrag der niedersächsischen Landtagsfraktionen von SPD und Grünen zum Thema „Radikalerlass – ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens – endlich Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten“, verfasst sowie weitere Informationen zum Thema.

P.S. Es folgt ein ausführlicher Text: **Niedersächsische Landtagsparteien fordern: Aufarbeitung der Berufsverbote und Rehabilitierung!**

Dieser Text kann im Rahmen dieses DFV-Rundbriefs aus Platzmangel nicht veröffentlicht werden. Doch wir bleiben am Ball.

Der Redakteur dieser Zeitung hat ein Berufsverbotsverfahren und die Suspendierung als Bundesbeamter von 20 Jahren erlitten (1983 bis 2003)

U. Sch.

Krieg und Frieden

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus!

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren der Zweite. Beide Jahrestage machen den diesjährigen Antikriegstag zu einem zentralen Tag der Erinnerung und des Mahnens. Auch heute gilt: Kriege kommen nicht über uns – sie werden gemacht. Gewalt geht von Menschen aus – und trifft Menschen. Sie werden getötet, verwundet und vertrieben. Ihr Leben wird bis in die Grundfesten erschüttert – während andere aus Kriegen Profite schlagen oder ihre Machtinteressen durchsetzen. Daran erinnern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seit 1957 nicht nur am Antikriegstag: Nie wieder darf Krieg von deutschem Boden ausgehen.

Die im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Bundeswehr zur Landesverteidigung wird seit Jahren in Richtung internationaler Interventionen verschoben. Der DGB sieht dies kritisch und fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, weder direkt noch indirekt militärische Interventionen zu unterstützen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind. Wir halten daran fest, dass es das Parlament ist, das über das Ob und Wie aller Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden hat: Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Rüstungsexporte müssen strengen Regeln unterliegen, sie dürfen nicht aufgeweicht werden. Der DGB wird sich dafür einsetzen, Rüstungsausgaben weltweit zu senken um die Lebens- und Bildungschancen der Menschen zu erhöhen.

Soziale Gerechtigkeit ist Friedenspolitik

Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt nicht erst am Runden Tisch. Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt mit der Erkenntnis, dass Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Demokratische Teilhabe, Bildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit haben großen Einfluss darauf, politische und gesellschaftliche Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Darüber hinaus verfügen Demokratien über bewährte Mechanismen, Kontroversen aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu lösen. Trotzdem werden politische, ethnische oder religiöse Konflikte Teil der globalen Realität bleiben – wie aktuell in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens oder der Ukraine. Die internationale Staatengemeinschaft muss alle diplomatischen Anstrengungen unternehmen, die zur entschärfung der Situation beitragen und die Waffen zum Schweigen bringen.

Humanitäre Flüchtlingspolitik ist Friedenspolitik

Kriege, Bürgerkriege, ethnische, politische und geschlechtsspezifische Verfolgung oder rassistische Diskriminierungen zwingen viele Millionen Menschen zur Flucht oder zum Verlassen ihrer Heimat. Vor allem die angrenzenden Regionen und Staaten tragen einen Großteil der damit verbundenen Lasten. Sie brauchen mehr Unterstützung von der Staatengemeinschaft. Die Länder der Europäischen Union müssen ihre Verantwortung beim Schutz von Flüchtlingen stärker wahrnehmen. Wer vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung flieht, muss in Deutschland und der EU Aufnahme finden, individuell Asyl oder einen Schutzstatus beantragen können und in einem fairen Verfahren anerkannt werden.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Tausende von Flüchtlingen bei dem Versuch sterben, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Rettung von Menschen in Seenot muss oberstes Gebot sein. Länder an den Außengrenzen der EU dürfen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nicht allein gelassen werden: Unhaltbare Zustände in den Flüchtlingslagern und Zurückweisungen sind die Folge. Wir brauchen ein EU-weites, gerechtes System zur Aufnahme und Anerkennung von Flüchtlingen.

Nie wieder Faschismus

Der Antikriegstag verpflichtet uns auch zum entschiedenen Widerstand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Gerade die lange verborgen gebliebenen Terror-Akte der NSU mahnen uns wachsam zu bleiben. Dies gilt auch für ausländerfeindliche Demonstrationen und Angriffe auf Flüchtlingsheime, denen sich immer wieder viele engagierte und mutige Gewerkschafter und Nicht-Gewerkschafterinnen entgegenstellen. Diese Courage erwarten wir auch von den politisch Verantwortlichen: Wir brauchen ein Verbot der NPD.

Verantwortlich: DGB Bundesvorstand, Berlin

Kultur im Norden

Nur einen einzigen Verwandten fand ich, der Juden und Sozialdemokraten nicht verabscheut hatte...

Jutta Dittfurth in Kiel:

Der Baron, die Juden und die Nazis

So lautet der Titel des neuesten Buches von Jutta Dittfurth, aus dem sie im Juni im Hansa48, einem Kommunikationszentrum in Kiel, Hansastrasse 48, las. Es wurden dazu Fotos an der Leinwand gezeigt. Jutta Dittfurth (geb. 1951 in Würzburg) entstammt dem Adelsgeschlecht von Dittfurth. Sie ist die Tochter des Arztes und Professors für Psychiatrie, jedoch als Wissenschaftsjournalist besonders bekannt, Hoimar von Dittfurth und der Fotografin Heilwig von Raven. Ihr Bruder ist der Romanautor Christian von Dittfurth. Ihr vollständiger Name ist Jutta Gerta, Armgard von Dittfurth. Jutta lehnte im Alter von 18 Jahren die Aufnahme in den Adelsstand ab. Sie nennt sich schlechthin Jutta Dittfurth.

Der Antisemitismus des Adels im 19. und 20. Jahrhundert: Juden galten als „Fremdlinge“, welche die adlige „Blutreinheit“ bedrohten.

Jutta Dittfurth ist Sozialwissenschaftlerin, Publizistin und Politikerin. Sie war Mitgründerin der Partei DIE GRÜNEN und gehörte zum linken Flügel. Sie verließ die Partei aufgrund der Rechtsentwicklung (z. B. Herbert Gruhl, Franz Alt, Fritjof Capra, Jacob von Uexküll, Herbert Weinzierl, Baldur Springmann u. a.) und gründete die ÖkoLiNKX.

Seit 2011 ist sie wieder für ÖkoLiNKX Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main.

Nach dem Mauerfall reiste Jutta Dittfurth in die DDR und sah sich mit den Widersprüchen ihrer Adelsfamilie konfrontiert. Ihr schillernder Urgroßonkel Börries Freiherr von Münchhausen, ein Balladendichter, der ein Freund der Juden zu sein schien, sein engster Freund war um 1900 der jüdische Künstler Ephraim Moses Lilien, bis er zum glühenden Antisemiten wurde.

Auf noch andere antisemitische und nazistische Vergangenheiten ihrer Sippe (auch von Wehrmachtsoffizieren) stieß sie in Altenburg/Thüringen.

Gerd Adolph

Literatur: Aktuelle Buchempfehlungen

Aber ich glaube an den Triumph der Wahrheit

von E.Czichon/H. Marohn/ W.Heinen-Ernst Thälmann
erschien zum 125. Geburtstag.

Zahlreiche Autorinnen und Autoren würdigen die Bedeutung Ernst Thälmanns, gerade für die heutige Zeit, 239 Seiten, 12,00 Euro.

Thälmann ein Report

von Eberhardt Czichon/ Heinz Marohn:

1184 Seiten, 2 Bände im Schuber kosten 32,00 Euro

Die Bücher erschienen im Verlag Willjo Heinen, Berlin; Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Sportstadtmord-Tatort Steilshoop – Ein Hamburg Krimi von Klaus Struck

Stadtkritischer Krimi, der augenfällige Parallelen zu dem beabsichtigten Abriss des Bildungszentrums im Hamburger Stadtteil Steilshoop im Bezirk Wandsbek hat, obwohl der Autor die Handlung des Romans als frei erfunden darstellt. Es soll zudem auch eine andere große Bildungseinrichtung in dem Bezirk darstellen, wie auf der Vorstellung des Buches vor Ort angedeutet wurde. Wie es auch sei, es ist eine spannende Geschichte. Es ist der zweite Roman des Autors, hat aber auch Bezüge zum ersten Roman über den Kampf der Befreiungsorganisation der Polisario, die gegen die von Marokko besetzte West-Sahara kämpfen, die nach UNO-Beschluss längst ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erhalten sollte. Der Autor war dort vor Ort und hat an dem Sahara-Marathon teilgenommen. Beide hier erwähnten Bücher hat Klaus Struck im Stadtteiltreff Steilshoop unter lebhafter Teilnahme der Anwesenden vorgestellt

Im Klappentext heiß es:

Der Mysteriöse Tod eines beliebten Ausbilders am Hamburger AFA Umschulungsinstitut in Steilshoop sorgt für Aufregung. Nicht nur der Fundort und der Todeszeitpunkt, sondern auch die ungewöhnliche Drapierung des Toten stellen die Kripo vor eine schwierige Aufgabe. Erst mithilfe Cybercrime-Spezialisten werden ungeahnte Machenschaften am Institut aufgedeckt. Das Opfer nutzte das firmeneigene Penthouse für besondere Soirées mit bekannten Kiezgrößen, und die bisher unentdeckte Anwesenheit eines Militärievereins in der fast vergessenen, ungenutzten U-Bahn-station unterhalb der Anlage erweitert das potenzielle Täterumfeld. Doch Kommissar Schrenk und sein Team werden den Verdacht nicht los, dass der Mord nur ein Mittel für einen ganz anderen Zweck war.

Soweit der einführende Text.

Das Buch ist im ABACUS-Verlag erschienen und kostet 13,90 Euro und hat 292 Seiten. ISBN_Nr. 978-3-86282-280-5
U. Sch.



DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND E.V. LANDESVERBAND NORD. E.V.

In Kooperation mit dem DFV Landesverband Niedersachsen, Wilfried Dressler, Steinstr. 37197 Hattorf am Harz Tel. 05584-3533010, E-Mail: dfv-niedersachsen@freidenker.de

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Rundbrief

Herausgeber : Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Uwe und Angelika Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg, Tel. (0 40) 6 31 62 60

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 1/2015: 30.11.2014

Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.

IBAN: DE54200100200108359207, BIC PBNKDEFF

Postbank Hamburg; Satz und Druck: GNN Verlag mbH, Köln

Tipps und Termine 2014/15

DFV-Verbandsvorstand (VV)

6.9. um 10.30 – 1914/2014 „Der Westen und Russland“ Internationale Lage und geopolitische Spannungen, Rathaus Pankow-Ratssaal, Breite Str. 24A-26, 13187 Berlin

7.10. 10.30 Uhr gVV-Sitzung in Berlin, „Volkssolidarität“, Torstraße 113-115

25./26.10. VV-Sitzung in Magdeburg (Jugendherberge)

DFV-Landesverband Nord e. V. (LV)

12. – 14.9. Bildungsseminar in **Seppensen**, Ferienheim „Heideruh“

anschl. Vorstandssitzung (am 14.09. vormittags). Offen für alle anwesenden Mitglieder und Interessierte.

DFV-Orts- und Kreisverbände

Hamburg: Evtl. Ausstellungsbesuch der Willi-Sitte-Ausstellung in der „Fabrik der Künste“ (vom 29.10. bis 23.11.); Kreuzbrook 10/12 in 20537 Hamburg. Vorgeschlagener Termin für eine Führung: Sonntag, 9. oder 16.11. Geöffnet ab 11.00 Uhr (bis 18.00 Uhr). Bestätigung lag bei Drucklegung noch nicht vor. Bitte über Internet www.dfv-nord.de oder telefonisch 040/631 62 60 informieren.

Kiel: DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am ersten und am dritten Dienstag im Monat jeweils um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19. Weitere Informationen Gerd Adolph (Tel. 0431/52 48 07)

Neustrelitz: Mitglieder und Freunde der Gruppe Neustrelitz werden persönlich informiert und betreut. Infos: Dr. Elli-Marie Simon (Tel. 03981/44 32 05)

Lüneburg: Infos: Cornelius Kaal, Stellvertretender Landesvorsitzender (Tel. 041318544564 o. 0177-2049867) Auch Anmeldungen für die Teilnehmer/innen der Jugendweihe 2015 in Lüneburg.

Landesverband Niedersachsen: Wilfried Dressler, Steinstraße 37197 Hattorf am Harz, Tel. 05584-35 330 10 dfv-niedersachsen@freidenker.org und www.niedersachsen.freidenker.org oder www.dfv-nord.de sowie www.freidenker.de

HINWEISE AUF VERANSTALTUNGEN UND KONTAKTE ZU BEFREUNDETEN ORGANISATIONEN (ohne Parteien):

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. Klapperhof 1, 21033 Hamburg; Infos und Anmeldung für die im Januar 2015 beginnenden Kurse!

Stadtteiltreff AGDAZ: Fehlinghöhe 16, 22309 Hamburg-Steilshoop, Tel. 040/ 630 10 28 Mail: info@agdaz.de und Web: www.agdaz.de. Dort kann man auch das aktuelle Programm erfahren

Besonders aktuell: Freitag, 5. 9. um 19.30 Uhr zum Thema UKRAINE und RUSSLAND – Augenzeugenbericht und Foto-reportage von der Journalistin Susann Witt-Stahl sowie ein Hinweis auf das Internationale Stadtteilstfest am 20. 9. ab 13.00 Uhr – seit über 2 Jahrzehnten alkoholfreies Vergnügen.

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e. V.

Es gibt Führungen durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm-Raabe-Weg 23. Weitere Infos unter www.willi-bredel-gesellschaft.de

KZ-Gedenkstätte Neuengamme: 21. 8. 2014 Eröffnung der Ausstellung „Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.“ Auch im Rathaus wurde eine entsprechende Ausstellung am 21. 8. eröffnet.

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di):

Arbeitskreis „Antirassismus“: jeden ersten Dienstag im Monat um 18.00 Uhr im Gewerkschaftshaus Kontakt und Anfragen: Agnes Schreieder; Stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di; Mail: agnes.schreieder@verdi.de

Verdi-Senioren: Offene Mitgliederversammlung mit MICHAEL JOHO; wiss. Referent für Bürgerschaftsabgeordnete spricht zum Thema „Stadtentwicklungspolitik – im Großen wie im Kleinen“ am 16. 9. 2014 um 10.00. Beginn im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Raum St. Georg, Ebene 9. Ohne Eintritt!

Kulturverein im Gewerkschaftshaus am 1. 9. um

20.00 Uhr im KLUB: Irene Kroll liest aus ihren Büchern: „Die Spur des Vaters – Biographie“ und „Dr. A.“-Roman, Eintritt 7 Euro, Anmeldung rose@wolfgang-rose.info Vorverkauf in der Büchergilde im Gewerkschaftshaus (unten).

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“

- Antifaschistische Bildungsstätte, Ahornweg 45, 21244 Buchholz in der Nordheide, Tel. 04181/8726 – E-Mail: info@heideruh.de. Mehr Infos unter www.heideruh.de